ARBEIDERBEVEGELSENS ARKIV OSLO

Ernst Paul, MdB

DIE „KLEINE INTERNATIONALE" IN STOCKHOLM

Sm 329.15
Pau
"1940-45"

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH · BIELEFELD · PRESSEHAUS

ARBEIDERBEVEGELSENS
ARKIV OG BIBLIOTEK

Ernst Paul, MdB

DIE „KLEINE INTERNATIONALE" IN STOCKHOLM

Emigration

Als die Nacht der Hitlerherrschaft über Deutschland hereingebrochen war, sahen sich, um Leben und Freiheit zu retten, zahllose Demokraten gezwungen, den Weg in die Emigration zu gehen. Der größte Teil der vor Terror und Vernichtung Flüchtenden kam aus der sozialistischen Arbeiterbewegung. Einen hohen Anteil stellten auch die Verfolgten jüdischer Herkunft.

Zunächst waren es die angrenzenden Länder: das Saargebiet, die Schweiz, Dänemark, in vereinzelten Fällen auch Belgien, Holland, Frankreich und Österreich, die für einen — so glaubten manche — vorübergehenden Aufenthalt in Betracht kamen. Ein bevorzugtes Emigrationsland war die Tschechoslowakei. Dieses Land mit einer grünen Grenze von 1550 Kilometern und vielen Übergängen im Riesen- und Erzgebirge sowie im Böhmerwald und mit den festen Positionen der sudetendeutschen Sozialdemokratie im deutschsprachigen Randgebiet als verläßliche Stützpunkte bot günstige Bedingungen für ein Exil. Auch Norwegen und Schweden öffneten den politischen Flüchtlingen ihre gastlichen Pforten. Weitsichtige suchten schon zu Beginn der Hitlerherrschaft Aufenthalt in den Vereinigten Staaten und in anderen überseeischen Ländern. Großbritannien mit seinen strengen Einwanderungsbestimmungen erschloß sich nur allmählich.

Der Bürgerkrieg des Februar 1934 zwang viele österreichische Sozialisten in die Emigration. Zunächst war wieder die Tschechoslowakei das hauptsächlichste Zufluchtsland. Nach dem Anschluß Österreichs an das Dritte Reich geriet jedoch die Tschechoslowakische Republik in verstärktem Maße in Hitlers Schußlinie. Dem tapferen Widerstand der deutschen Sozialdemokraten dieses Landes machte der Vertrag von München, der die letzte deutsche Bastion des demokratischen Sozialismus in Zentraleuropa opferte, im Oktober 1938 ein tragisches Ende. Mehr als 6000 sudetendeutsche Sozialdemokraten bezahlten ihre Freiheitsliebe und die Treue zur Demokratie mit qualvoller Haft in Gestapogefängnissen und Konzentrationslagern, wo sie das Schicksal der gesinnungsverwandten Freunde aus dem Reich und aus Österreich zu teilen hatten. Obwohl 1938/39 die Grenze der Tschechoslowakei nur mehr in Ausnahmefällen — gegenüber Polen — illegal überschritten werden konnte, gelang es der sich in Liquidation befindlichen Partei, von Oktober 1938 bis Mitte März 1939 mehr als 3000 ihrer gefährdeten Anhänger und Funktionäre ins freie Ausland zu bringen. Es war dies eine organisierte Emigration; für jeden, der gerettet werden konnte, mußten Paß, Einreiseerlaubnis und Sichtvermerk besorgt werden. Die größte Gruppe kam nach England, zum Teil mit dem Ziele der Weiterauswanderung nach Kanada oder Südamerika, rund 600 fanden in den skandinavischen Ländern Aufnahme, davon mehr als 300 in Schweden. Natürlich waren auch die Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich gezwungen, sich neue Exilländer zu suchen.

Über das Leben in der Emigration bestehen noch heute vielfach falsche Vorstellungen. Es war kein Hocken an den Fleischtöpfen freier Länder. Jede Emigration ist voller Probleme. Mehr noch als die materielle Not und eine zeitweilige Internierung wirkten das Bewußtsein der Niederlage, der Verlust der Heimat und die erzwungene Beschäftigungslosigkeit niederdrückend auf die Menschen. Aber es gab Hilfe. Am besten war die Fürsorge für die Emigranten in den skandinavischen Ländern geordnet. Die Solidarität der nordischen Arbeiterbewegung, aber auch die Hilfsbereitschaft anderer demokratischer Kreise kann als vorbildlich bezeichnet werden. Niemand mußte hungern oder seelisch vereinsamen, und 1940 war sogar das Wohnungsproblem lösbar. Die materielle Unterstützung in Schweden zum Beispiel, die durch das von den Gewerkschaften und der Sozialdemo-

kratischen Partei gebildete Flüchtlingskomitee gewährt wurde, entsprach der eines Arbeitslosen. Sie ermöglichte eine bescheidene Existenz. In Schweden mußte die Aufenthaltserlaubnis jeweils nach sechs Monaten erneuert werden; man gewährte sie unter der Voraussetzung, daß die „Ausländer" sich jeder politischen Propaganda im Gastland enthielten.

Schweden sollte dazu ausersehen sein, zehntausende Flüchtlinge aufzunehmen. Nach dem Überfall Hitlers auf Polen und der Teilung Polens zwischen Hitler und Stalin versuchten viele Polen und Verfolgte aus dem Baltikum, über die Ostsee nach Schweden zu gelangen. Auch eine ansehnliche Gruppe von Österreichern hatte sich nach dem Norden durchgeschlagen. Vereinzelt trafen immer wieder Reichsdeutsche in Schweden ein. Der Überfall vom 9. April 1940 auf Dänemark und Norwegen zwang die in diesen Staaten lebenden Emigranten zur zweiten Flucht und nötigte außerdem eine viel größere Zahl einheimischer Bürger zum gleichen Schritt. (Wie ständig aufs neue Menschen bedroht wurden, sei an einem Beispiel illustriert: Nach dem 20. Juli 1944 gelang dem in der deutschen Widerstandsbewegung wirkenden früheren SPD-Bezirkssekretär Willi Jesse aus Rostock die Flucht über Dänemark nach Schweden. In Kopenhagen hatte sich der dänische Parteisekretär Oluf Carlsson seiner angenommen. Als dies die Gestapo erfuhr und nach ihm forschte, mußte einige Wochen später auch Carlsson mit seiner Frau nach Schweden flüchten.) Schon vorher hatte der Winterkrieg zwischen der Sowjetunion und Finnland (1939/40) die kleine Schar der in Helsinki lebenden Emigranten zur Flucht nach Schweden veranlaßt.

Als Hitler die Verfolgung der dänischen Juden befahl, setzten deutsche, im auswärtigen Dienst stehende Freunde die Widerstandsbewegung von dem bevorstehenden Schritt in Kenntnis. Vielen Hunderten, die rechtzeitig gewarnt werden konnten, gelang die abenteuerliche Flucht über den Öresund in das benachbarte schwedische Bruderland. Zahlreiche durch die Mithilfe bei dieser Rettungsaktion und ihre sonstige Tätigkeit im Widerstand gefährdete dänische Patrioten mußten sich ebenfalls zur Flucht entschließen.

Auch aus Norwegen konnte die Hälfte der in diesem Lande lebenden Juden nach Schweden entkommen.

Die soziale Lage der Emigranten besserte sich allmählich. Schweden brauchte Arbeitskräfte. Die militärische Bereitschaft von zeitweilig 500 000 Mann und die Aufrüstung des Landes ermöglichten es vielen Emigranten, Arbeit zu finden. Anfangs war es Landarbeit und Waldarbeit, später auch Beschäftigung in den Fabriken, und als die Sprache erlernt war, auch solche in den Büros, die den Zugang zum Erwerbsleben erschlossen. Die Emigranten hatten längst ihre Koffer ausgepackt, ihre Lebensverhältnisse begannen sich zu normalisieren.

Drückend empfanden die Emigranten in Schweden — vorwiegend politische Menschen — das Verbot einer offen politischen Betätigung. Aber es muß gesagt werden, daß die schwedische Regierung trotz der durch die Wahrung der Neutralität des Landes erzwungenen Einschränkungen sehr großzügig verfahren ist. Der Innen- und Sozialminister Gustav Möller, ein internationaler Sozialdemokrat bester Prägung, hielt seine schützende Hand über die Verfolgten der Nazidiktatur. Die damaligen Staatssekretäre Tage Erlander, Per Nyström und später Folke Thunborg folgten dem Beispiel ihres Ministers. Axel Strand, Emil Wallin und Axel Granath übernahmen die Verantwortung für die Emigranten gegenüber den Gewerkschaften und der schwedischen Sozialdemokratischen Partei. Zusammenkünfte der einzelnen Emigrantengruppen, die sich mit internen Angelegenheiten beschäftigten, waren gestattet, ebenso politische Schulungs- und Aufklärungsarbeit, an der sich übrigens auch viele schwedische Freunde beteiligten. Mitteilungsblätter und Druckschriften verschiedener Art konnten herausgegeben werden.

Die sozialistischen Emigranten fühlten sich als Gegner Hitlers und nützten jede Möglichkeit aus, mit ihren Freunden in den Heimatländern Verbindung zu halten, Informationen zu geben und solche einzuholen. In Einzelfällen führte diese illegale Tätigkeit in Schweden zu polizeilichen und gerichtlichen Untersuchungen, milder Haft und geringfügigen Strafen. Der Gesandte des Dritten Reiches in Stockholm erschien fast täglich im schwedischen Außenministerium und protestierte — übrigens erfolglos — gegen die „von den Emigranten inspirierte" Haltung der schwedischen Presse.

Die Emigration war ein zwar vielköpfiger, aber dennoch in einem gewissen Sinne einheitlicher Körper. Alle hatten den gleichen Feind, von dessen Niederwerfung die Rückkehr in eine befreite Heimat abhing. Schweden glich einem Turm, von dem aus man nach allen Seiten in die Welt des Krieges blicken konnte. Das Bedürfnis der Emigranten, die Lage zu diskutieren, wurde immer stärker. In den Räumen des schwedischen Arbeiter-Bildungsverbandes gab es bei den Zusammenkünften der einzelnen Gruppen häufig stürmische Debatten.

Obwohl die Hitlermacht halb Europa unterworfen hatte, zweifelten die politischen Emigranten in Stockholm nicht an deren militärischer Niederlage. Es war eine andere Sorge, die die Emigranten erfüllte. Was würde nach dem Kriege geschehen? Würden nicht verhängnisvolle Fehler der Sieger Zustände schaffen, die der Welt

wiederum eine Fülle ungelöster Probleme aufbürden mußten?

In den Reihen der gegen Hitler kriegführenden Mächte (innerhalb der Regierungen und der politischen Parteien und in der Bevölkerung) war ein bedenklicher Umschwung der Stimmung eingetreten. Dies wurde am deutlichsten in England sichtbar, in jenem Lande, dessen Entwicklung wir von Schweden aus gut verfolgen konnten.

Bis zum Jahre 1940 war die öffentliche Meinung in England durch bemerkenswerte Sachlichkeit und Objektivität gekennzeichnet. Davon konnte ich mich bei einem kurzen Besuch in London im Februar 1940 noch überzeugen. Seit Kriegsausbruch war in Großbritannien eine öffentliche Diskussion im Gange, die sich mit der Gestaltung des kommenden Friedens beschäftigte. Überwiegend wurde die Meinung vertreten, daß die Fehler des Friedens von Versailles gegenüber einem besiegten Deutschland nicht wiederholt werden dürfen. Entscheidender Mangel dieses Friedensschlusses war nach der Meinung vieler seine Halbheit: er sei weder ein ganzer Gewaltfriede noch ein ganzer Vernunftfriede gewesen. Der kommende Friede, dies war der Tenor aller Diskussionen, müsse ein Vernunftfriede sein. Am ausgeprägtesten war diese Auffassung bei der Labour Party vorhanden, aber auch bei den Liberalen wie bei den Konservativen gab es gewichtige Stimmen dieser Art. Mein Freund Robert Wiener hatte in seinem englischen Exil eine Fülle dieser politischen Äußerungen zusammengetragen und liebevoll übersetzt.

Das Bombardement auf Rotterdam, der Überfall auf Belgien und Holland sowie die Besetzung Dänemarks und Norwegens leiteten den Stimmungsumschwung ein. Es folgten die Bombenangriffe auf England, die harten Schläge auf London, Birmingham, Sheffield und Coventry. Die Stimmen der Vernunft schwiegen oder wurden leiser. In England entstand der „Vansittartismus". Lord Vansittart vertrat die Auffassung, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und in seinem Wesen mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen sei. Weite Kreise verloren den Glauben an das „andere Deutschland"; man zweifelte daran, daß nach der Beseitigung des Hitlerregimes die deutschen demokratischen Kräfte stark genug sein würden, um einen neuen Staat, frei von Militarismus und Nazismus und geprägt von den Grundsätzen der Demokratie, aufrichten zu können. Unter diesen Verhältnissen hatten es die auf gefährlichen Umwegen nach England emigrierten Führer der SPD Hans Vogel und Erich Ollenhauer sowie deren Freunde schwer, sich zu behaupten. Böswillige Kräfte trieben einen Keil in die deutsche Emigration, und Benesch gelang es, in England auch die starke sudetendeutsche Gruppe unter Wenzel Jaksch und Richard Reitzner zu spalten.

Noch eines kam hinzu, um unsere Besorgnisse zu vermehren. Benesch gab im Januar 1941 erstmalig offiziell seine lange gehegten Pläne für die Austreibung der Sudetendeutschen bekannt, regte damit die Polen an und gab den Sowjets die Möglichkeit, sich dieses schrecklichen Projektes zu bemächtigen.

Dies alles wußten wir in Schweden. Wir überlegten, wie wir den drohenden Gefahren begegnen könnten.

Die „Kleine Internationale" entsteht

Den Anstoß zu einer sinnvollen Aktion gaben die geistig regsamen Norweger. Einige der maßgebenden Funktionäre der norwegischen Arbeiterpartei befanden sich in Stockholm. Sie hatten eine „Diskussionsgrundlage über unsere Friedensziele" ausgearbeitet und diese am 2. Juni 1942 durch ihre Parteileitung billigen lassen. Dieses Dokument war für die in Schweden lebenden Emigranten aus den anderen Ländern ein weiterer Anlaß, um über ihre persönlichen Vorstellungen hinaus die Gedanken aller zu klären und, wenn möglich, zu einer gemeinsamen Aussage zu kommen.

Die führenden Funktionäre der sozialistischen Emigrantengruppen kannten sich entweder seit langem oder hatten sich kennengelernt. Das gemeinsame Schicksal und die gleiche Gedankenwelt verband sie eng. Was fehlte, war eine zweckmäßige Form der Organisation, die auf die schwedische Neutralitätspolitik Rücksicht nahm und die doch Zusammenkünfte mit bestimmten politischen Zielsetzungen ermöglichte. Für den 2. Juli 1942 hatten die Norweger eine Anzahl schwedischer Sozialdemokraten und mehrere Emigranten eingeladen, um sie über die von ihnen ausgearbeiteten „Friedensziele" zu unterrichten. Den Vorsitz bei dieser Zusammenkunft führte Martin Tranmael, der „große alte Mann" der norwegischen Arbeiterbewegung. Willy Brandt, der an der Ausarbeitung dieser Diskussionsgrundlage mitgewirkt hatte, erstattete den Bericht. Nach Erörterung des Vortrages wurde von den Versammelten der Wunsch ausgesprochen, daß ständig ähnliche Zusammenkünfte abgehalten werden möchten, um Erfahrungen auszutauschen und die Nachkriegsprobleme zu diskutieren. Der Sekretär des an internationalen Beziehungen sehr interessierten schwedischen Jugendverbandes, Hilding Färm, der junge Norweger Inge Scheflo, der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Fritz Tarnow und Ernst Paul wurden beauftragt, einen Arbeitsausschuß zu bilden, der die Voraussetzungen für solche Zusammenkünfte schaffen sollte.

Wir hatten bald die geeignete Form gefunden. In Schweden waren die vor allem vom Arbeiter-Bildungsverband veranstalteten Studienzirkel sehr populär. Wir kamen überein, diese Bezeichnung zu übernehmen und unsere Zusammenkünfte unter dem Namen „Studienzirkel für Friedensziele" abzuhalten. Später, als unsere Gemeinschaft an Umfang und Bedeutung zugenommen hatte, nannte sie sich „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten, Arbeitskreis für Friedensfragen". Es dauerte nicht lange und sie hatte die ehrenvolle Bezeichnung „Kleine Internationale" bekommen.

Im September 1942 hatte ich im Auftrag des Arbeitsausschusses die erste größere Zusammenkunft einberufen. Es sei gestattet, aus meiner im Manuskript vorliegenden Eröffnungsrede einige Sätze zu zitieren:

„Es ist eine Tatsache, daß es gegenwärtig keine funktionierende sozialistische Internationale gibt. Ich will nicht untersuchen, warum dies so ist und ob es notwendigerweise so sein muß. Wir geben zu: eine sozialistische Internationale könnte heute in der Hauptsache nur eine Vereinigung von Vertretern exilierter Parteien sein. Trotzdem ist es ein Mangel, daß es nicht einmal eine solche Korporation gibt; in irgendeiner Weise werden auch die heute nur im Exil bestehenden Parteien ein Element des politischen Lebens der Zukunft sein. Die internationale Tätigkeit der sozialistischen Parteien neutraler Länder, zum Beispiel jener Schwedens und der Schweiz, ist gegenwärtig gehemmt. Wir verstehen die Lage dieser Parteien, wir wissen aber, daß diese zu einem bestimmten Zeitpunkt international wieder aktiv werden.

In Stockholm befindet sich ein Kreis internationaler Sozialisten. Es sind dies Menschen, die sich in der Arbeiterbewegung ihrer Heimatländer bewährt haben. Sie fühlen die Verpflichtung, an der Gestaltung der Zukunft Europas mitzuwirken. Mit großer Genugtuung begrüßen wir auch, daß viele unserer schwedischen Freunde, die ein gewichtiges Wort in die Waagschale zu werfen haben, von der gleichen Verpflichtung erfüllt sind.

In diesem neutralen Land haben wir, unbeeinflußt von den wechselnden Stimmungen in den im Kriege befindlichen Ländern, die Möglichkeit, unsere Probleme zu durchdenken. Hier sind wir auch näher dem Kontinent, als es in einem Kriegsland des Westens sein könnte. Wir haben außerdem Zeit zu einer ruhigen, überlegten Arbeit.

Bei deren Bewältigung wollen wir nicht von Emigrantengesichtspunkten, sondern von internationalen sozialistischen Erwägungen ausgehen. Wir repräsentieren keine Partei, sondern arbeiten unter unserer persönlichen Verantwortung. Wir stehen allerdings innerhalb sozialistischer Parteien und besitzen das Gewicht mehr oder weniger bedeutungsvoller Vertrauensstellungen."

In jener ersten größeren Zusammenkunft wurde beschlossen, daß als Verhandlungssprachen — die Emigranten vom „Kontinent" hatten inzwischen eine skandinavische Sprache erlernt — Schwedisch, Norwegisch oder Deutsch zugelassen seien.
Der Vorsitz wurde mir übertragen, Willy Brandt wurde zum Sekretär und ständigen Referenten unserer internationalen Gruppe bestimmt.

Der „engere Kreis"

Es zeigte sich bald die Notwendigkeit, über bloße Diskussionen, zu denen wir uns alle zwei Wochen trafen, hinauszugelangen. Am 1. Mai 1943 sollte in Stockholm eine große Manifestation der internationalen Sozialisten veranstaltet werden. Bei diesem Anlaß wollten wir unsere Vorstellungen über die Friedensziele verkünden. Eine Zusammenkunft im November 1942 beschloß daher, ein Komitee einzusetzen, das Vorschläge ausarbeiten sollte. Dieses Komitee war der „engere Kreis", der sich in der ersten Zeit jede Woche traf. Von ihm konnte die Ausarbeitung einer von allen annehmbaren Konzeption erwartet werden. Es ist interessant, rückschauend die Zusammensetzung dieses Komitees zu betrachten:

Gunnar Myrdal, Mitglied des schwedischen Reichstags, späterer Handelsminister und Direktor der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, heute wissenschaftlicher Bearbeiter von Fragen der Entwicklungshilfe und der internationalen Bevölkerungsentwicklung;

Ole Jödal, politischer Redakteur der gewerkschaftlichen Tageszeitung „AT", heute schwedischer Botschafter in Bonn;

Martin Tranmael, Chefredakteur von „Arbeiderbladet" in Oslo und Vertreter der norwegischen Arbeiterpartei in der Sozialistischen Internationale;

Fritz Tarnow, Mitglied des Deutschen Reichstags, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (gest.);

Wilhelm Böhm, ehemaliger Vorsitzender des ungarischen Metallarbeiterverbandes, stellvertretender Vorsitzender der ungarischen Emigrantengruppe „Vilagossag", Kriegsminister der Revolutionsregierung von 1918/19, von 1945 bis zur Bolschewisierung des Landes ungarischer Gesandter in Stockholm (gest.);

Maurice Karniol, Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Polens, außerordentlicher Minister der polnischen Londonregierung für die skandinavischen Länder (gest.);

Bruno Kreisky, Vorsitzender der illegalen sozialistischen Jugend Österreichs, Mitglied des Vorstandes der österreichischen Sozialisten, heute Außenminister der Republik Österreich;

Jiři Jakerle, Funktionär der tschechoslowakischen Sozialdemokraten (gest.);

Jules Guèsde, französischer Diplomat in Stockholm, Enkel des großen französischen Sozialisten gleichen Namens;

Stefan Szende, ungarisch-schwedischer Journalist und Schriftsteller, in Deutschland Mitglied der SAP;

Ernst Paul, Mitglied des Parteivorstandes der sudetendeutschen Sozialdemokraten, heute Mitglied des Deutschen Bundestages;

Willy Brandt, damals Journalist, heute Mitglied des Parteivorstandes der SPD und Regierender Bürgermeister von Berlin.

Im Frühjahr 1943 konnte der Wirtschaftsexperte des schwedischen Gewerkschaftsbundes, Richard Sterner, als ständiger Mitarbeiter gewonnen werden; er ist heute Generaldirektor des schwedischen Gesundheitswesens.

Im Juni 1943 trat der Vertreter des Parteivorstandes der SPD, Kurt Heinig, dem Komitee bei, ferner der isländische Sozialdemokrat Sigurdur Thorarinson, der dänische Sozialdemokrat Harry Agerbak, später ersetzt durch Henry Grünbaum, der spanische Sozialist Ernesto Dethorey sowie Vertreter sozialdemokratischer Emigrantengruppen aus den baltischen Staaten und für die zionistische Organisation „Hechaluz" Fred Kalter, später ersetzt durch Willy Smuloviez. Sozialisten und Gewerkschafter aus 14 verschiedenen Ländern gehörten unserem internationalen Arbeitskreis an.

Dieses Komitee leistete die Hauptarbeit. Wir fanden Sitzungsräume und Versammlungssäle im Hause des schwedischen Gewerkschaftsbundes, des ABF, und des Verbandes der Arbeiterabstinenten „Verdandi". Um die großen Zusammenkünfte, denen die Ausarbeitungen zur Erörterung und Bestätigung vorzulegen waren, in einem arbeitsfähigen Rahmen durchführen zu können, wurde die Zahl der für jede Emigrantengruppe Einzuladenden auf 10 bis 15 begrenzt. Leider gestattet uns der Raum hier nicht, alle im großen Kreis mit Eifer mitarbeitenden Freunde namentlich anzuführen. Es sei aber darauf verwiesen, daß der damalige Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes August Lindberg, der heutige Handelsminister Gunnar Lange und der jetzige Sozialminister Torsten Nilsson als Referenten und Gäste teilnahmen. Der damalige Sekretär der Stockholmer Sozialdemokratischen Partei und heutige amtsführende Stadtsenator von Stockholm, Torston Sundström, gehörte zu unseren eifrigsten Förderern.

In einer Plenarversammlung am 7. Juni 1943, als sich die Arbeit bereits erfreulich entfaltet und unser Zirkel sich zu einer richtigen internationalen Gruppe entwikkelt hatte, stellten Paul und Brandt ihre Funktionen als Vorsitzender, resp. Sekretär zur Verfügung. Beide wurden einstimmig wiedergewählt. Einstimmig hinzugewählt wurde auch Richard Sterner als weiterer Vorsitzender.

Bis dahin hatten Vorsitzender und Sekretär die mit unserer Arbeit verbundenen geringen Ausgaben, vor allem Portokosten, aus eigener Tasche getragen. Am 7. Juni 1943 wurde beschlossen, von den vertretenen Gruppen einen Jahresbeitrag von mindestens je 10 skr abzufordern. Zum Verwalter dieser bescheidenen Geldmittel wurde Karniol bestellt. Das Flüchtlingskomitee und die Stockholmer „Arbetarekommun", der große Ortsverein der schwedischen Sozialdemokraten, erklärten sich bereit, bei den internationalen Maifeiern ein eventuelles Defizit zu decken. Wir waren stolz darauf, von dieser Bereitwilligkeit nie Gebrauch machen zu müssen. Später bewilligten uns Gewerkschaftsorganisationen kleine Zuschüsse. Alle Arbeiten wurden ehrenamtlich geleistet.

Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten

Nach wochenlangen Beratungen im „engen Kreis" waren wir im März 1943 soweit, einer Versammlung des großen Kreises den — im wesentlichen von Willy Brandt vorbereiteten — Entwurf für unsere Friedensziele vorlegen zu können. Nach Erörterungen in den einzelnen Gruppen wurde er in der Aprilversammlung verabschiedet.

Das Dokument hat den Umfang von 500 Zeilen. Es ist deshalb leider nicht möglich, es vollständig abzudrucken. Einige ausführlichere Auszüge sollen aber den Geist, der die internationalen Sozialisten in Stockholm erfüllte, kennzeichnen.

In der Einleitung der Stockholmer Ausarbeitung werden die Gesinnungsfreunde in den anderen Ländern zu einem internationalen Meinungsaustausch über die Friedensziele der demokratischen Sozialisten aufgefordert. Unter der Überschrift „Der Friede muß gewonnen werden" heißt es sodann:

„In Übereinstimmung mit den wahren Interessen aller Völker erstreben die demokratischen Sozialisten einen gerechten und dauerhaften Frieden. Der Sieg der Vereinten Nationen über Hitler-Deutschland und seine Verbündeten ist die Voraussetzung für einen gerechten und dauernden Frieden.

Der Krieg kann militärisch gewonnen und politisch verloren werden. Der wirkliche Sieg wird erst erreicht, wenn die gesellschaftlichen und internationalen Verhält-

nisse überwunden worden sind, aus denen die faschistische und nazistische Gefahr hervorgegangen ist. Von den politischen und sozialen Umwälzungen, die der Niederlage des Nazismus folgen werden, wird es abhängen, ob der Krieg in seine logische Konsequenz ausmünden wird.

Die Arbeiterklasse und die sozial fortschrittlichen Kräfte in den verschiedenen Ländern müssen Garantien dafür schaffen, daß die Kriegskatastrophe sich nicht wiederholt. Um einen stabilen Frieden zu schaffen, müssen diejenigen politischen und ökonomischen Maßnahmen getroffen werden, die erforderlich sind, um die Demokratie zu sichern und alle wichtigen Entscheidungen in die Hand des Volkes zu legen.

Schon heute, während der Krieg noch andauert, zeigen sich halbfaschistische, autoritäre und andere reaktionäre Tendenzen. Sie können zu einer ernsthaften Gefahr für die Sache des Friedens und der Demokratie werden. Es ist die Pflicht demokratischer Sozialisten, die antidemokratischen Kräfte in ihren eigenen Ländern mit aller Kraft zu bekämpfen."

Als „unsere Ziele" werden bezeichnet:

„Volksherrschaft, persönliche Freiheit und Rechtssicherheit, ökonomische und soziale Gerechtigkeit in den einzelnen Ländern. Umfassende Kontrolle über die Wirtschaft, um Krisen zu verhindern, Ordnung und Effektivität zu schaffen und die größtmögliche wirtschaftliche und soziale Gleichstellung zu erreichen."

„Frieden und Zusammenarbeit, Respekt vor Gesetz und Recht, Verbannung von Angriffspolitik und ökonomischem Imperialismus zwischen den Völkern.

Internationale Planung unter demokratischer Kontrolle, um allen Nationen einen rationellen Austausch von Waren und Diensten sowie die Ausnutzung von Rohstoffquellen, Krediten und technischen Errungenschaften zu sichern und um den ökonomischen und sozialen Standard zwischen den Völkern auszugleichen.

Wir kämpfen national und international für eine sozialistische Demokratie."

Nach einem Bekenntnis zu den vier Freiheiten wird erklärt:

„Die demokratischen Sozialisten müssen dagegen ankämpfen, daß die Friedensziele der Demokraten durch die Haßgefühle verwirrt werden, die als eine verständliche Folge des barbarischen Vergehens der Nazisten wachsen.

Der Friede muß auf Vernunft aufgebaut werden. Haß bildet keine haltbare Friedensgrundlage. Die Nachkriegspolitik darf nicht von Rache beherrscht werden, sondern muß vom Willen zum gemeinsamen Wiederaufbau getragen sein.

Die nationale Einheit, die im Kampf gegen den Nazismus einen neuen Aufschwung genommen und eine große Rolle gespielt hat, reicht nicht aus, wenn der neue Friede geschaffen werden soll. Die Probleme, die der Krieg aufgeworfen hat und die beim Friedensschluß gelöst werden müssen, sind nicht an Landesgrenzen gebunden; sie müssen in einem internationalen Maßstabe gelöst werden."

Eine starke Bedeutung wird dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen zugemessen:

„Das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen und das Recht aller Völker, ihr eigenes Leben führen zu können, gehören demnach zu den erklärten Friedenszielen der Vereinten Nationen.

Die Regierungen der Vereinten Nationen haben sich verpflichtet, allen Völkern die nationale Freiheit zurückzugeben, denen sie mit Gewalt genommen wurde.

Wir unterstreichen diese Grundsätze und betrachten es als eine Pflicht der demokratischen Sozialisten, an ihnen festzuhalten, falls sie im weiteren Verlauf des Krieges oder in Verbindung mit dem Friedensschluß umstritten werden sollten."

Ein ausführliches Kapitel ist den nationalen Minderheiten gewidmet. Hier heißt es:

„Das Nationalitätenprinzip kann bei der Festsetzung der neuen Staatsgrenzen in Mittel-, Ost- und Südeuropa nicht allein bestimmend sein. Wie immer auch die Grenzen gezogen werden, wird es weiterhin nationale Minderheiten geben. Föderative Ordnungen sind die einzige vernünftige Lösung dieses Problems.

Minderheiten müssen ihre wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und kulturellen Interessen wahrnehmen können, und es muß ihnen Selbstverwaltung eingeräumt werden. Den Bürgern der Minderheiten ist die wirtschaftliche, soziale, nationale und politische Gleichberechtigung im Staate verfassungsmäßig zu sichern. Diese Rechte müssen international garantiert werden.

Durch effektive internationale Organe müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß auch kleinere Gruppen und Einzelindividuen ihre nationalen und übrigen Rechte ausüben können. Solche Garantien setzen voraus, daß die betreffende Bevölkerungsgruppe gegenüber dem Staat, dem sie angehört, volle Loyalität wahrt.

Das durch die nationale Aussiedelung und Umsiedelung von Bevölkerungsgruppen entstandene Unrecht muß wiedergutgemacht und es muß verhindert werden, daß neues Unrecht geschaffen wird.

Zu den Prinzipien der neuen internationalen Ordnung muß auch eine größere Freizügigkeit von einem Lande ins andere gehören, als sie in der Zwischenkriegsperiode bestanden hat. Diese Forderung ist in hohem Maße sozialer Art; den breiten Schichten des Volkes müssen die Möglichkeiten der Freizügigkeit gesichert werden."

Zur Bestrafung der Kriegsverbrecher wird gesagt:

„Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die für den Krieg und die grenzenlosen Verbrechen gegen die unterdrückten Völker Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden müssen. Zu diesem Zwecke müssen überstaatliche Gerichtshöfe eingesetzt werden.

In Verbindung mit der organisierten rechtlichen Aburteilung der Kriegs- und Okkupationsverbrechen müssen alle geheimen Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Neben den erforderlichen internationalen Kontrollmaßnahmen dürfen Strafmaßnahmen gegen ganze Völker oder Bevölkerungsgruppen nicht erfolgen."

Nach der Forderung auf Abrüstung heißt es:

„Solange die internationale Abrüstung nicht erreicht ist, müssen die Rüstungen und die militärischen Streitkräfte in allen Ländern einer internationalen Kontrolle unterstellt sein. Die Rüstungsindustrien sind zu verstaatlichen."

Internationale Rechtsorganisation:

„Nach diesem Kriege muß eine starke internationale Rechtsorganisation mit effektiven Organen geschaffen werden, um zwischenstaatliche Streitfragen zu regeln und um internationale Gesetzesbrecher unschädlich zu machen.

Ein neuer Völkerbund muß weltumfassend sein. Es ist natürlich, daß er hervorwächst aus der Zusammenarbeit zwischen den im Kriege vereinten Nationen. Nach einer möglichst kurzen Übergangszeit muß er jedoch allen Nationen offen stehen, siegreichen, neutralen und besiegten.

Ein neuer Völkerbund muß dem Willen des Volkes Ausdruck geben; er darf keine neue Diplomatenversammlung werden. Die wichtigsten Organe des Bundes müssen aus vom Volke gewählten Vertretern zusammengesetzt sein. Die Großmächte dürfen nicht auf Kosten der kleinen Nationen dominieren.

In einen neuen Völkerbund eingeordnet oder mit ihm koordiniert, müssen überstaatliche Organe für die Lösung von Sonderaufgaben wirtschaftlicher und anderer Art gebildet werden."

Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus und der Sowjetunion:

„Die Arbeiterbewegung in den anderen Ländern hat sich jedoch auf Grund der Verhältnisse in diesen Ländern geformt und muß sich weiterhin ausschließlich auf Grund dieser Bedingungen entwickeln. Ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen müssen selbständig und frei sein von ausländischer Einmischung und Kontrolle."

Im wirtschaftlichen Abschnitt ist zu lesen:

„Die im Kriege heranwachsende ökonomische Zusammenarbeit zwischen den Alliierten, die unter anderem darauf abzielt, den verarmten Ländern sofort nach Kriegsschluß Rohstoffe und Lebensmittel zuzuführen, muß weitergeführt werden.

Es muß eine internationale Kredit- und Garantieordnung zu dem Zweck errichtet werden, den Ländern zu helfen, die vor großen Wiederaufbauproblemen stehen und die ihr Geldwesen reorganisieren müssen."

Ökonomische Leistungen:

„Die Erfahrungen nach dem vorigen Weltkriege haben gezeigt, daß Reparationen keine brauchbare Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau bilden. Die durch den Krieg verursachte furchtbare Zerstörung und Verarmung kann nur durch gemeinsame Anstrengung aller Länder überwunden werden.

Neben den auf sie entfallenden Beiträgen für den Wiederaufbau dürfen ihnen keine Lasten auferlegt werden, die auf Jahre hinaus bedrücken. Ein langanhaltender niedriger Lebensstandard in den besiegten Ländern würde leicht den Standard auch in den anderen Ländern herunterdrücken und der Reaktion in diesen Ländern Vorschub leisten."

Hilfe für die Kolonialvölker:

„Die sozialistische Arbeiterbewegung fordert in Übereinstimmung mit anderen fortschrittlichen Kräften eine entscheidende Änderung der Politik gegenüber den kolonialen und halbkolonialen Ländern. Die demokratischen Sozialisten fühlen sich solidarisch mit den nationaldemokratischen Bewegungen in den Kolonien und bekämpfen alle Tendenzen zu rassenmäßigen Vorurteilen und zur Diskriminierung farbiger Völker. Die zukünftige Politik muß zum Ziele haben, den Kolonialvölkern zu helfen, raschestens die Bedingungen zu erreichen, die ihnen die Übernahme der Selbstverwaltung ermöglicht.

Alle Gebiete, die vorläufig noch nicht zur Selbstverwaltung imstande sind, müssen einer effektiven internationalen Kontrolle unterstellt werden, mit der Aufgabe, die Interessen der eingeborenen Bevölkerung auf lange Sicht wahrzunehmen."

Demokratisierung Deutschlands:

„Die Zerstörung aller freien Organisationen und die nazistische Vergiftung der Jugend bilden zusammen mit den materiellen Folgen des Krieges und der Niederlage keinen glücklichen Ausgangspunkt für den Aufbau einer deutschen Demokratie. Trotzdem muß diese Aufgabe gelöst werden. Sie kann nicht von außen gelöst werden. Die demokratische Welt muß jedoch durch

zweckdienliche Maßnahmen bei der Umbildung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland mithelfen; sie hat auch ein Anrecht darauf, diese Umbildung in effektiver Weise zu kontrollieren, um die demokratischen Kräfte zu stärken und deren Feinde überwinden zu helfen.

Die Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist eine intime Zusammenarbeit mit den deutschen Demokraten und Anknüpfung an die demokratischen Traditionen Deutschlands."

Auf einer großartigen internationalen Kundgebung zum 1. Mai 1943 im Medborgarhuset in Stockholm wurden die „Friedensziele" verkündet. Valter Aman, der Vorsitzende der Stockholmer sozialdemokratischen Parteiorganisation, präsidierte. Als erster Redner sprach der Vorsitzende der polnischen Sozialisten, das Mitglied der polnischen Exilregierung in London, Jan Kwapinsky. Willy Brandt kommentierte unser Programm:

„Wir sind versammelt auf neutralem Boden. Aber niemand kann von uns verlangen, daß unsere Herzen und Hirne neutral sein sollen gegenüber einem Kampfe, der darüber entscheiden wird, ob wir und die kommenden Generationen als freie Menschen leben können ... Wir stehen nicht nur in einem zerstörenden Kriege, sondern auch in einer Umwälzungsperiode, von der kein Land unberührt bleiben wird. Wir Sozialisten haben den Vorteil, nicht erst nach neuen Prinzipien suchen zu müssen; aber wir haben aus unseren Erfahrungen zu lernen."

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden die „Friedensziele" bestätigt. Nach Willy Brandt sprachen Martin Tranmael, Fritz Tarnow, Bruno Kreisky, Jiří Jakerle, Wilhelm Böhm, Edgar Hahnewald, Sigurdur Thorarinson und Ernst Paul. Begrüßungsschreiben vom Internationalen Gewerkschaftsbund, dem belgischen Sozialisten Arthur Wauters, der kurz vorher in Stockholm zu uns gesprochen hatte, von den französischen Sozialisten sowie von der dänischen Sozialdemokratischen Partei verliehen dieser Kundgebung besonderes Gewicht. (In einem Protokoll, das Fritz Tarnow führte, sind sämtliche Reden und Begrüßungen wörtlich festgehalten.)

Die „Friedensziele" wurden von uns in die ganze freie Welt gesandt. Vielfach erhielten wir zustimmende Äußerungen, u. a. von Hans Vogel und Erich Ollenhauer aus London. Keine einzige Ablehnung kam zu unserer Kenntnis.

Als bezeichnend sei erwähnt, daß mir Wenzel Jaksch am 8. Juli 1943 aus London schrieb: *„Bei dieser Gelegenheit will ich auch erwähnen, daß das Stockholmer Friedensprogramm der demokratischen Sozialisten hier doch mehr Beachtung gefunden hat als Publizität. In einem Kreis europäischer Sozialisten hörte ich darüber dieser Tage sehr anerkennende Worte. Man spricht bereits von der ‚Kleinen Internationale' in Stockholm."*

Zu unserer Freude fanden wir auch einen Niederschlag unserer Gedanken und Forderungen in der illegalen Presse der besetzten Länder, z. B. in Blättern der französischen Sozialisten und in dem norwegischen „Fri Fragbevegelsen" (Freie Gewerkschaften). Die englische „Fabian Society" reagierte positiv, ebenso die englische Zeitschrift „Tribune". Mehrere schwedische Zeitungen und Gewerkschaftsblätter veröffentlichten Betrachtungen über die „Friedensziele".

Erneuerung der Internationale

Der Krieg hatte die Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterinternationale unterbunden. Die letzte Sitzung ihres Exekutivkomitees fand im Februar 1940 in Brüssel statt. Durch die Teilokkupation Frankreichs, die Besetzung Hollands und Belgiens, Dänemarks und Norwegens wurden kurze Zeit später auch die sozialistischen Parteien dieser Länder als legale Kräfte ausgeschaltet. Außer der britischen Labour Party, die den Gesetzen des Krieges unterlag, blieben eigentlich nur noch die sozialdemokratischen Parteien der Schweiz und Schwedens unabhängig und arbeitsfähig. Unter diesen Umständen war jede wirkliche internationale Arbeit unmöglich geworden. Auch der Internationale Gewerkschaftsbund war zu einem Torso zusammengeschrumpft. Immerhin konnte dieser sein in England arbeitendes Sekretariat während des ganzen Krieges aufrechterhalten. Auch einige internationale Berufssekretariate blieben arbeitsfähig. Während der letzten Sitzung der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) hatte ihr Sekretär Fritz Adler demissioniert; ein Nachfolger konnte nicht mehr bestellt werden. Die SAI war nur noch durch den in der letzten Exekutivsitzung gewählten Vorsitzenden Camille Huysmans, der beim Überfall auf Belgien nach England flüchten konnte, repräsentiert.

Dieser Zustand der internationalen Inaktivität bedrückte uns sehr. Es war daher nur natürlich, daß wir uns, kaum daß wir eine Aufgabe bewältigt hatten, gleich eine neue vornahmen.

Die Versammlung unseres „großen Kreises" vom 7. Juli 1943 beschäftigte sich mit dieser unerfreulichen Situation. Willy Brandt, Wilhelm Böhm und Martin Tranmael wurden beauftragt, eine Diskussionsgrundlage über die „Wiedererrichtung der Sozialistischen Arbeiterinternationale" auszuarbeiten. Bereits am 28. Juli diskutierte der „Kleine Kreis" nach einem Einleitungsvortrag und einem ersten schriftlichen Entwurf den ganzen Fragenkomplex. Ein Redaktionskomitee, bestehend aus Brandt, Sterner, Böhm und

Kreisky, erhielt den Auftrag, einen erweiterten Entwurf vorzulegen. Nach eingehenden Diskussionen im „Kleinen Kreis", die sich bis in den Oktober hinzogen, war die Arbeit beschlußreif. Am 5. November 1943 wurde sie in einer Vollversammlung des „Großen Kreises" nach einem Bericht von Willy Brandt erörtert und genehmigt. Mit Rücksicht auf seinen Umfang kann auch dieses Dokument nicht im Wortlaut abgedruckt werden. Wir beschränken uns auf die Zitierung der Schlußfolgerungen. In diesen heißt es:

„Wir schlagen vor,

daß noch während des Krieges ernsthafte Schritte unternommen werden, um die internationale Zusammenarbeit vorzubereiten,

daß die Vorarbeiten für die Reorganisierung der Gewerkschaftsinternationale und für die Herstellung internationaler gewerkschaftlicher Einheit fortgesetzt und verstärkt werden,

daß ein vorbereitender Ausschuß zur Wiedererrichtung der sozialistischen Internationale gebildet wird,

daß die englische Labour Party die Initiative ergreift und Vertreter der Arbeiterparteien anderer Länder zur Teilnahme auffordert,

daß die größtmöglichen Anstrengungen gemacht werden, um alle sozialistischen Bewegungen der Welt in einer einheitlichen Internationale zu sammeln,

daß ein internationales sozialistisches Minimalprogramm ausgearbeitet und versucht wird, die Friedensziele der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern zu koordinieren,

daß Richtlinien für die Organisationsform und die praktische Arbeit des internationalen Zusammenschlusses ausgearbeitet werden,

daß so schnell wie möglich die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Delegationen vorbereitet wird,

daß in den neutralen Ländern — d. h. vor allem in Schweden und der Schweiz — die sozialistischen Parteien dazu Stellung nehmen, wie sie die vorbereitende Arbeit unterstützen können,

daß überall, wo die Möglichkeiten gegeben sind, die Sozialisten verschiedener Nationen den Kontakt untereinander ausbauen und gemeinsame Ausschüsse bilden, um bei der Herausarbeitung ihrer zukünftigen Politik den Geist der internationalen Verbundenheit lebendig zu erhalten."

Den Text unserer Ausarbeitung schickten wir an alle verfügbaren Adressen, insbesondere an unsere Freunde in London, an Fritz Adler in Zürich, in englischer Übersetzung an die britische Labour Party, in schwedischem Text an den Vorstand der schwedischen Sozialdemokraten sowie an die sozialdemokratischen Emigrantengruppen in aller Welt.

Unserem Arbeitskreis schloß sich der zweite Vorsitzende der norwegischen Gewerkschaften, Lars Evensen, späterer Handelsminister und Landeshauptmann, an, ebenso der frühere Staatspräsident von Estland, A. Rei. Auch ein Österreicher, das frühere Mitglied des Bundesrates, Josef Pleyl, sowie der Sekretär des sudetendeutschen Bergarbeiterverbandes, Emil Haase, meldeten sich zur Mitarbeit. Als Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften war ein führender Funktionär der Eisenbahnorganisation, der einer nach den USA ausgewanderten schwedischen Familie entstammende Viktor Sjaholm, in Stockholm mit dem Auftrag eingetroffen, die Kontakte mit der skandinavischen Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. Er wurde ein geschätzter Mitarbeiter unserer internationalen Gruppe. Durch Sjaholm war es uns möglich geworden, unsere Vorstellungen und Ausarbeitungen unmittelbar an politische Kreise in den Vereinigten Staaten gelangen zu lassen. Auch mit einigen anderen amerikanischen Persönlichkeiten hatten wir Kontakte. Wir hatten außerdem ermittelt, daß an der Stockholmer englischen Gesandtschaft ein Angehöriger der Labour Party tätig war. Richard Sterner nahm mit ihm die Verbindung auf und brachte ihn in unseren Kreis. Durch ihn fanden wir einen direkten Zugang zum damaligen Vorsitzenden der englischen Arbeiterpartei, Harold J. Laski.

Unsere „Kleine Internationale" hatte in Schweden Beachtung gefunden. Immer mehr bedeutende schwedische Politiker konnten für Vorträge und interne Berichte gewonnen werden. Von Schweden gab es beschränkte Reisemöglichkeiten nach England und in die USA. Wer über die Fronten nach dem Westen fliegen und zurückkehren konnte, übernahm Kontaktaufträge und berichtete unserer internationalen Gruppe. Unser Freund Gunnar Myrdal unternahm 1943, von uns herzlich verabschiedet, eine mehrwöchige Reise nach Amerika. Unmittelbar nach seiner Wiederkehr bekamen wir von ihm einen sehr realistischen Bericht. Die Norweger verfügten über lebhafte Verbindungen mit England und wußten uns stets wichtige Informationen zu geben. Als der Sekretär der IGB, I. H. Oldenbrock, und der englische Gewerkschaftsführer A. Deakins Ende 1943 Stockholm besuchten, sprachen sie vor unserer Gruppe. Außer durch unsere eigenen Verbindungen mit der Heimat erhielten wir auch noch interne Berichte über die Entwicklung in Deutschland. Der Führer der finnischen Sozialdemokratie, Vaino Tanner, hatte z. B. Paul Löbe und Karl Renner besucht; durch den Fraktionsvorsitzenden der schwedischen Sozialdemokraten in der zweiten Kammer, Allan Vougt, erfuhren wir von Tanners Gesprächen und Eindrücken. Willy Brandt besaß unmittel-

bare Verbindungen zur deutschen Widerstandsbewegung, über die er in seinem Buch „Mein Weg nach Berlin" berichtet hat. Als der führende Mann des dänischen Widerstandes, Hans Hedtoft, Ende 1944 illegal nach Stockholm kam, gab er mir die Gelegenheit zu einer mehrstündigen Aussprache.

Auf unserer sehr eindrucksvollen internationalen Kundgebung am 1. Mai 1944 sprachen der schwedische Sozialminister Gustav Möller, Viktor Sjaholm und Martin Tranmael. Willy Brandt begründete die Entschließung.

Komiteearbeit

Wir waren zu der Überzeugung gelangt, daß wichtige Einzelfragen, von denen wir annahmen, daß sie nach dem Kriege eine große Bedeutung besitzen werden, eingehender studiert werden müßten. Es wurde daher bereits in der Vollversammlung der internationalen Gruppe vom 7. Juli 1943 beschlossen, die ökonomischen und finanziellen sowie die kulturellen Nachkriegsprobleme besonders zu erörtern. Fritz Tarnow erhielt den Auftrag, einen Studienkreis für den ersteren Problemkomplex zu leiten, Ernst Paul einen solchen für die kulturellen Nachkriegsfragen.

Im Komitee für das Studium der wirtschaftlichen und finanziellen Nachkriegsprobleme fanden sich eine Reihe hervorragender Experten zusammen. Es waren dies der bereits mehrfach erwähnte ökonomische Berater der schwedischen Gewerkschaften, Richard Sterner, Lars Evensen und I. Scheflo (Norwegen), Bruno Kreisky und Josef Pleyl (Österreich), Irmgard Enderle, Rudolf Pass und Stefan Szende (Deutschland), Emil Haase (Sudetendeutscher), M. Karniol (Polen), Grünbaum und F. Bauer (Dänemark), Jiři Jakerle und Lazy Deutsch (Tschechoslowakei) und Fred Kalter (Israel).

Fritz Tarnow, der dem Komitee für Wirtschafts- und Finanzfragen vorstand, verfügte über die Erfahrungen eines langen gewerkschaftlichen und politisch-parlamentarischen Lebens. Er hatte einen klaren Blick für die Zukunft. Eine Stellungnahme „zum deutschen Problem" von Fritz Tarnow aus dem Jahre 1943 enthält einige geradezu prophetische Sätze, die es wert sind, in Erinnerung gerufen zu werden:

„Deutschland steht am Ende des verlorenen Krieges vor der Alternative, entweder den demokratischen oder den kommunistischen Weg gehen zu müssen. Von dieser Entscheidung hängt auch das Schicksal der Demokratie in Europa ab. Wenn die demokratischen Kriegsmächte nicht den Frieden verlieren wollen, müssen sie außer der Niederwerfung des Hitlerismus auch die Demokratisierung Deutschlands als positives Kriegsziel aufstellen.

Die Demokratisierung Deutschlands kann nicht von außen her und mit Bajonetten erzwungen werden. Nur das deutsche Volk kann diese Aufgabe durchführen, und die Kräfte dafür sind auch vorhanden. Nach der militärischen Niederlage werden die Nazis nur noch eine kleine verachtete Minderheit sein. Wenn auch viele von ihnen und ein Teil ihrer Mitläufer zu den Kommunisten übergehen werden, so wird sich doch die große Mehrheit des deutschen Volkes nach Freiheit und Demokratie sehnen."

Tarnow stellt in seiner Untersuchung ferner fest, daß sich die kommunistischen Gegenspieler des demokratischen Deutschland in einer günstigeren Situation befinden; sie bedürfen keiner organisierten Massenbewegung, denn hinter ihnen steht die Macht Sowjetrußlands. „Demgegenüber sind die deutschen Demokraten von der Weltdemokratie isoliert und sogar verleugnet." Es werde in der demokratischen Weltöffentlichkeit sogar eifrig darüber diskutiert, ob dem deutschen Volke nach dem Kriege überhaupt das Recht auf einen unabhängigen freien und demokratischen Staat zugebilligt werden solle. Tarnow fährt fort:

„Statt dessen müßte das Verständnis dafür geweckt werden, daß am Ende der militärischen Operationen — vielleicht schon früher! — die Frage Demokratie oder Kommunismus auf der Tagesordnung steht. Ebenso wie die demokratischen Staaten vor dem Kriege die heranwachsende Gefahr verkannt und rechtzeitige Vorbereitungen dagegen unterlassen haben, können sie nach dem Kriege von einem politisch besser vorbereiteten Gegner überrannt werden."

Als Mitglied des Reichswirtschaftsrates der Weimarer Republik konnte sich Fritz Tarnow auf eigene Erlebnisse im wirtschaftlichen Versagen der Demokratie stützen. Er berichtete, daß er zur Zeit der größten Krise beantragt habe, einen 3-Milliarden-Kredit aufzunehmen, damit ein großzügiges Programm für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Angriff genommen werden könne. Er sei im Reichswirtschaftsrat auf kein Verständnis gestoßen. Man habe ihn einen Utopisten genannt, der nicht begreife, daß die deutsche Wirtschaft und Währung ein solches Opfer nicht vertrage. Wenige Jahre später hat Hitler aus der deutschen Wirtschaft achtzig Milliarden für seine Aufrüstung herausgepumpt und verschleudert!

Das Hauptproblem, mit dem sich das Tarnow-Komitee zu beschäftigen hatte, war die Verhinderung einer neuen Massenarbeitslosigkeit durch einen raschen Aufbau der durch den Krieg zerstörten oder einseitig ausgerichteten internationalen und nationalen Wirtschaft sowie die Sicherung der Vollbeschäftigung. Als wesentliche Beiträ-

ge für die Behandlung des ganzen Fragenkomplexes boten sich die bis in die Einzelheiten ausgearbeiteten Nachkriegsprogramme der schwedischen und der norwegischen Arbeiterbewegung an. Sie bedurften der Ergänzung für den zentraleuropäischen Teil unseres Kontinents. Besondere Aufmerksamkeit wurde Fragen wie Inflation und Deflation, Sicherung eines minimalen Lebensstandards, Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Rationalisierung der Landwirtschaft und Vermehrung des Wohnungsbaues gewidmet. Der Gedanke des Baus von Trabantenstädten im Umkreis der dichtesten Industrie- und Handelszentren wurde anhand konkreter Vorschläge besprochen. Einen großen Umfang der Beratungen nahm das Problem der Sicherung der politischen Demokratie durch eine auf das Gemeinwohl gerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik ein. Über den Durchschnitt der zahlreichen Vorträge vor diesem Komitee ragten die Ausführungen des schwedischen Finanzministers Ernst Wigfors über das Thema „Geld- und Kreditwesen nach dem Kriege" hervor.

Das Komitee verzichtete auf den Beschluß von Programmen. Es klärte die Vorstellungen seiner internationalen Mitglieder und machte sie fähig, ausgerüstet mit vermehrten und undoktrinären Kenntnissen, die ihnen zufallenden Aufgaben unter den jeweils sich entwickelnden Verhältnissen anzupacken.

Das Komitee für kulturelle Nachkriegsfragen unter dem Vorsitz von Ernst Paul konnte ebenfalls eine rege Tätigkeit entfalten. Es hatte den Vorzug, zu seinen Mitarbeitern Frau Alva Myrdal, die heutige schwedische Botschafterin in Neu-Dehli, zu zählen. Weitere Mitglieder: Franz Osterroth, Otto Friedländer, Ernst Behm und Kurt Stern (Deutschland), Odd Bang-Hansen und Torolf Elster (Norwegen), Fini Pleyl und Ludwig Schnabel (Österreich), Fred Kalter und S. Smulowitz (Israel), Marén Jakerle (Tschechoslowakei), Tage Lindbom und Nils Ramsten (Schweden) und Heinrich Dittmer von der Internationale der Alkoholgegner.

Bereits 1943 hatte sich in Schweden ein Komitee für demokratische Aufbauarbeit gebildet, das Pläne zur Mithilfe bei der geistigen Erneuerung Deutschlands entwickelte. Es war uns sehr daran gelegen, dieses Komitee zu unterstützen und anzuregen, da es uns wichtig erschien, daß die kulturelle Arbeit in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Nazismus nicht allein von einseitigen und voreingenommenen Vertretern der Siegermächte durchgeführt werde. Alva Myrdal brachte uns in Kontakt mit diesem Komitee. Manche Maßnahme, die nach dem Kriege von Schweden aus in Deutschland unternommen wurde, ist auf unsere Zusammenarbeit mit dem schwedischen Komitee zurückzuführen.

Aus dem eigenen Kreis kamen viele interessante Vorschläge. Ernst Paul und Tage Lindbom, der Leiter des Archivs der schwedischen Arbeiterbewegung, legten ein Projekt für eine internationale Buchproduktion vor. Alva Myrdal berichtete über die kulturellen Pläne der Alliierten. Über eine Reorganisation der Volksschule nach modernen Gesichtspunkten hörten wir Vorträge des deutschen Pädagogen Ernst Behm, Otto Friedländer sprach über die Aufgabe der Mittel- und Hochschulen in der modernen Gesellschaft. Franz Osterroth behandelte die Kulturarbeit im jugendlichen Lebensalter und Fragen der Erwachsenenbildung. Über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Massenpropaganda referierte Torolf Elster. Film, Presse und Kunst sowie die Durchführung von internationalen Arbeiterreisen waren ebenfalls Gegenstand der Beratungen. Manches von dem, was in unserem Kulturausschuß vom Herbst 1943 bis zum Frühjahr 1945 in Stockholm besprochen worden ist, hat später in der praktischen Nachkriegsarbeit seinen Niederschlag gefunden.

Das schwere Jahr 1944

Als wir 1942 unsere internationale Arbeit begannen und selbst dann, da wir bereits auf eine mehr als einjährige Erfahrung zurückblicken konnten, waren wir noch von der Hoffnung erfüllt, daß der Krieg ein baldiges Ende nehmen werde. An der Niederlage des Hitlersystems war nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und nach der Katastrophe von Stalingrad nicht mehr zu zweifeln. Obwohl das furchtbare Gemetzel immer sinnloser geworden war, dauerte es länger, als man erwarten konnte. Hitler führte ein Vabanquespiel mit dem deutschen Volke. Der Terror in Deutschland und in den besetzten Gebieten wurde immer schrecklicher. Bis zu den letzten Zuckungen seines Systems versuchte Hitler, die Liquidierung der Juden in Deutschland und in den okkupierten und mit ihm verbündeten Ländern zu vollenden. Die Alliierten zahlten mit Zinsen durch ihre Bombenteppiche heim, was Görings Luftwaffe zu einer Zeit, da sie noch die Überlegenheit besaß, begonnen hatte.

Die Stimmung in den alliierten Staaten gegenüber Deutschland und in verstärktem Maße auch gegenüber dem ganzen deutschen Volk verschlechterte sich seit 1942 immer mehr. Selbst im neutralen Schweden trat ein Stimmungsumschwung ein. Zu Beginn unserer Emigration wurden wir auch bei manchem unserer schwedischen Freunde nicht ganz ernst genommen, wenn wir vom Terror Hitlers und von seinen Konzentrationslagern berichteten. Die grundanständigen Schweden konnten sich einen

solchen Wahnwitz nicht vorstellen und meinten, daß wir übertreiben; man billigte uns zu, daß wir am Dritten Reich wohl manches auszusetzen hätten, aber die Deutschen seien ja schließlich ein Kulturvolk, und es könne nicht möglich sein, was wir erzählten.

Hitler konnte nicht verhindern, daß die grauenvolle Wahrheit bekannt wurde. Als es gegen Ende des Krieges dem Grafen Folke Bernadotte gelungen war, durch Verhandlungen mit Himmler einen Teil der KZ-Opfer zu befreien, erreichte auch in Schweden die antideutsche Welle einen Höhepunkt. Die Zeitungen brachten Reportagen und erschütternde Bilder geretteter Menschenwracks.

Von der Jahreswende 1943/44 an hatten wir keinen leichten Stand. Wir litten nicht nur unter der sich verschlechternden Stimmung, die sich bei unseren Freunden — sie kannten und schätzten uns — kaum gegen uns persönlich auswirkte. Wir litten weitaus mehr unter den Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes begangen wurden. Uns erfüllte aber auch tiefes Mitgefühl mit den Opfern der alliierten Bombenschläge auf deutsche Städte und Industriezentren. Wir litten unter dem Fehlschlag des 20. Juli, jener Verschwörung, die, wenn sie gelungen wäre, dem deutschen Volke und der Welt eine Verkürzung ihrer Leiden gebracht hätte. Wir hatten von den Vereinbarungen von Jalta und Teheran Kenntnis erhalten und sahen die Austreibung von Millionen Deutscher als drohende Gefahr vor uns.

Einige unserer Freunde unternahmen den opferreichen Versuch, illegal von Schweden in die deutsche Heimat zu gelangen. Zwei von ihnen wurden beim Überqueren des Oeresunds verhaftet und ins KZ gebracht. Drei unserer Freunde kamen an und erfüllten ihre Informationsaufgabe — nur einer überlebte in Gestapohaft.

Zu unserem Bedauern mußten wir erfahren, daß sich in England und den USA (Morgenthau-Plan) die vansittartistischen Tendenzen verstärkt durchzusetzen begannen. Auch die Arbeiterbewegung blieb nicht frei davon. Zwar hatte man endlich die von uns geforderte Initiative zur Belebung der Gewerkschaftsinternationale ergriffen und Vorbereitungen zur Wiedererrichtung von Gewerkschaften in Zentraleuropa getroffen, aber in einer anderen als der von uns gedachten Form. Als wir im Januar 1944 von diesen Tendenzen erfuhren, haben wir uns in einem Schreiben an den IGB u. a. gegen die Vorstellungen gewandt, daß in Deutschland, Österreich, Italien und Ungarn die Gewerkschaften unter ausländische Kontrolle gestellt werden sollten.

In England waren auch erste Schritte (leider nicht so, wie wir es vorgeschlagen hatten) zur Wiedererrichtung der Sozialistischen Internationale unternommen worden. Die britische Arbeiterpartei hatte einen beratenden Ausschuß zu dem Zwecke gebildet, die Vereinigung demokratisch-sozialistischer Parteien zu einer neuen Internationale vorzubereiten. Man beschränkte sich jedoch auf eine Zusammenfassung von Vertretern der den Vereinten Nationen angeschlossenen Länder. Deutsche, österreichische, ungarische, italienische und sudetendeutsche Sozialdemokraten, die sich jederzeit als verläßliche Internationalisten bewährt hatten, waren nicht dabei.

Im Herbst 1944 beschäftigten wir uns eingehend mit dieser Entwicklung. Einmütig waren wir der Auffassung, daß wir unsere Einwände und Wünsche in geeigneter Weise vortragen sollten. Das Präsidium unserer Internationalen Gruppe wurde beauftragt, ein Schreiben an die Labour Party auszuarbeiten. In diesem Dokument wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in dem von der Labour Party gebildeten Ausschuß die sozialdemokratischen Parteien des neutralen Schweden und der Schweiz nicht vertreten seien. Im befreiten Teil Italiens gäbe es bereits wieder eine sozialdemokratische Partei, die ebenfalls nicht herangezogen werde. Dem zu erwartenden Einwand, daß Deutschland, Österreich und die Sudetendeutschen sowie andere Länder nur durch Emigranten repräsentiert werden könnten, wurde mit der Feststellung entgegengetreten, daß auch die sozialistischen Parteien Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und selbst Frankreichs nur durch Funktionäre vertreten werden könnten, die sich im Exil befinden, da ihre Heimatländer entweder ganz oder zum größten Teil noch von den Truppen Hitlers besetzt seien. Das Schreiben an die Labour Party trug die Unterschriften von Ernst Paul, Richard Sterner und Willy Brandt. Es wurde in Abschrift auch den Vorständen aller sozialistischen Parteien sowie an führende Persönlichkeiten der Internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung in deutscher, schwedischer und englischer Sprache übermittelt.

Wir hatten in Schweden auch noch in anderer Hinsicht manche schwere Stunde durchzustehen. Es fehlte nicht an persönlichen Angriffen, organisatorischen Erschütterungen und ideologischen Verirrungen.

Willy Brandt war beispielsweise schon im Jahre 1943 die Zielscheibe heftiger Angriffe der Kommunisten. In verschiedenen Veröffentlichungen, so auch in der Tageszeitung der schwedischen KP, versuchten sie, ihn zu diffamieren. Sie behaupteten sogar, er — der norwegischer Staatsangehöriger geworden war — liefere Norweger an die Gestapo oder die Besatzungsbehörden aus. Auch gegen seine engeren norwegischen Freunde wurden in Ausnutzung der antideutschen Opinion bedenkenlos Verdächtigungen erhoben. Willy

Brandt antwortete in einem offenen Brief und betonte darin, der Kampf gegen das nazistische Deutschland sei für ihn und für den größten Teil seiner Freunde im norwegischen Widerstand kein Rassenkampf.

Leider hatten wir so manchen Anlaß, gegen den Terror des Nazismus unsere Stimme zu erheben. Im Dezember 1943 beschlossen wir auf Grund eines Antrages von Wilhelm Böhm eine Protestresolution gegen die Verfolgung der Studenten in Norwegen. Im April 1944 haben wir eine Erklärung zum Kampf gegen den Antisemitismus abgegeben und uns freundschaftlich zum Aufbauwerk in Israel bekannt. Damals war der Ausrottungsfeldzug schon weit fortgeschritten. In unserer Stellungnahme hieß es wörtlich:

„Die Arbeiterbewegung muß zusammen mit allen aufrichtigen Demokraten dafür sorgen, daß keine noch vorliegende Möglichkeit versäumt werde, um jüdische Menschenleben zu retten."

Im August 1944 ehrten wir die Opfer des Warschauer Aufstandes und übermittelten einen Gruß an die Kämpfer, die bekanntlich durch die sowjetische Politik schmählich im Stich gelassen wurden.

Auch wenn ein großer Teil des deutschen Volkes für Hitler verantwortlich ist, so tragen doch nicht nur die Deutschen allein die Verantwortung für seine Machtergreifung. Ein erheblicher Teil des deutschen Volkes führe den Kampf gegen das Naziregime unter den ungünstigsten Bedingungen weiter und diese seine Freunde seien die Verbündeten von morgen beim Aufbau einer neuen freien Welt. Willy Brandt betonte, er glaube an das „andere Deutschland" und arbeite für ein freies Norwegen und ein demokratisches Deutschland. Brandt schrieb zur gleichen Zeit: *„Wir bekämpfen den Vansittartismus natürlich nicht deswegen, weil er Verbrechen anprangert; wir bekämpfen ihn, weil er Rassenpolitik mit umgekehrten Vorzeichen ist!"*

Die starke Gruppe der sudetendeutschen Sozialdemokraten in Schweden traf — wie es kurz vorher in England geschehen war — das harte Los der Spaltung. Benesch begnügte sich nicht damit, seine Austreibungspläne unter den Alliierten zu propagieren. Unter dem Vorwand, daß ja „nur die Nazis" vertrieben und „heim ins Reich" geschickt werden sollten, versuchte er, unter den Deutschen Befürworter für seinen Gewaltakt zu gewinnen. Leider gelang sein Vorhaben auch bei einem kleinen Teil der sudetendeutschen Emigranten. In Schweden sammelten ein ehemaliger Abgeordneter der sudetendeutschen Sozialdemokraten und der frühere Sekretär des Metallarbeiterverbandes einige charakterschwache Leute um sich. Man bildete mit diesen Deutschen, unterstützt von der inoffiziell tätigen tschechoslowakischen Gesandtschaft in Stockholm, eine „Arbeitsgemeinschaft cechoslovakischer Sozialisten" (ACS). Man winkte mit dem Heimatpaß und drohte jenen, die den Anschluß an die ACS verweigerten, sie würden nicht in die Heimat zurückkehren dürfen. Heute hört sich dies merkwürdig an — damals war ein solches Treiben Anlaß zu erbitterten Richtungskämpfen. Die von der Leitung der sudetendeutschen Sozialdemokraten vertretene Auffassung, daß man der Aussiedlung nicht einmal den kleinen Finger reichen dürfe, konnte sich mit großer Mehrheit behaupten. Als die ACS um Aufnahme in unsere internationale Gruppe ersuchte, wurden die Dissidenten auf Grund eines Antrages von Brandt, Sterner und Karniol abgewiesen.

Eine Ermunterung war in jener Zeit die Nachricht aus England, daß sich die verschiedenen Richtungen innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Emigration (mit Ausnahme einiger Vansittartisten) über gemeinsame Grundsätze verständigt und auch organisatorisch geeinigt hatten. Wir nahmen diese Entwicklung mit großer Befriedigung zur Kenntnis. In Schweden hatten wir nie die Frage gestellt, welcher Richtung einer unserer deutschen Freunde angehöre, maßgebend war stets nur dessen internationale Gesinnung und sein Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus. Durch die Entwicklung in England fühlten wir uns in unserer Auffassung bestätigt. Wir sahen in ihr eine wichtige Voraussetzung für die Mitwirkung der sozialdemokratischen Emigranten am Wiederaufbau der SPD nach dem Kriege.

Wie stark unsere Stellung in Schweden trotz aller Schwierigkeiten war, sei durch den Hinweis illustriert, daß beim achtzigjährigen Jubiläum der Gründung der Ersten Internationale am 28. September 1944 neben dem schwedischen Sprecher, dem Reichstagsabgeordneten Rickard Lindström, der Vorsitzende unserer Gruppe, Ernst Paul, eingeladen war, im Namen der ausländischen Sozialisten zu sprechen.

Erfreulich war ferner, daß die Mitglieder der „Kleinen Internationale" öfters zu Vorträgen vor schwedischen Organisationen und zur Mitarbeit an den Zeitungen der Gewerkschaften sowie an dem wissenschaftlichen Organ „Tiden" eingeladen wurden. Der schwedische sozialdemokratische Jugendverband veranstaltete für junge Sozialisten aus Emigrantenkreisen in seinem Studienheim Bommersvik eigene Schulungskurse. Auch die Gewerkschaften forderten junge ausländische Kollegen zur Teilnahme an ihren Kursen auf. Im Jahre 1944 fand in Stockholm eine gewerkschaftliche Abendschule mit schwedischen und internationalen Teilnehmern und Vortragenden statt.

Manche von uns wurden auch in politische Aktionen von höchster Bedeutung hineingezogen! Auf verschiedenen Wegen und

unter Ausnützung unserer vielfältigen Verbindungen bemühten sich Mitglieder unseres internationalen Kreises um die Freilassung politischer Gefangener. In einzelnen Fällen — bei Leon Blum, Einar Gerhardsen und Koos Vorrink — konnte ein Erfolg erzielt werden. Willy Brandt berichtet in seinem bereits erwähnten Buch über seine Anstrengungen, eine im letzten Augenblick besonders sinnlose Katastrophe in Norwegen zu verhindern.

In den ersten Tagen des Monats März 1945 erschien in Stockholm ein Sonderbotschafter des Herrn Ribbentrop mit dem Auftrag, einen sofortigen Friedensschluß anzustreben. Die schwedische Regierung lehnte es ab, ihn anzuhören. Der Fraktionsvorsitzende Allan Vougt brachte mich mit diesem Abgesandten des zusammenbrechenden Terrorregimes in Verbindung. Am 6. März 1945 rangen mein schwedischer Freund und ich mit ihm stundenlang um eine Lösung. Ich verlangte, daß das Hitlerregime sofort abtreten und uns die Liste einer Regierung mit Namen wie Paul Löbe, Carl Severing und den Überlebenden des 20. Juli unterbreitet werden müsse. Wir erklärten unsere Bereitschaft, unter solchen Bedingungen alle Kräfte für den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes aufzubieten. Der Vertreter Ribbentrops konnte eine solche Zusage nicht machen. Er fügte hinzu, wenn die Stunde der Kapitulation gekommen sei, werde man sich überlegen, ob man dies nicht gegenüber dem stärkeren Gegner, den Sowjets, tun werde. Meine Antwort: „Dann tragen Sie die Verantwortung dafür, daß das Verhängnis seinen Lauf nimmt." Eine ausführliche Darstellung dieses Gespräches ist an anderer Stelle vorgesehen.

Einen letzten Höhepunkt unserer internationalen Arbeit in Stockholm bildet die Feier des 1. Mai 1945. Nach der gewaltigen Kundgebung der schwedischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften, an der zum ersten Male die sozialdemokratischen Emigranten in einem geschlossenen Zug offiziell teilnehmen konnten, sammelten wir uns in großer Zahl am Abend des 1. Mai wiederum im Medborgarhuset. Es war für uns die letzte internationale Maifeier in Stockholm. Abschiedsstimmung lag über dem großen Saal. Wir wußten, daß das Ende des Krieges sowie die Befreiung Deutschlands und der Welt von der Hitlerherrschaft nahe bevorstand. Wir waren aber auch von tiefer Sorge darüber erfüllt, wie sich unter dem Regime der Besatzungsmächte das Schicksal Deutschlands gestalten werde. Was wird aus den Millionen Deutschen werden, die bereits ihre Heimat verlassen mußten, und jenen, die vertrieben werden sollen?

Die letzte Maifeier in Schweden — 1945 — ergriff uns tief und bestärkte uns in unserem Glauben an eine spätere bessere Zukunft. Gunnar Myrdal, damals bereits designierter Handelsminister, sprach mit tiefer Bewegung. Er dankte uns dafür, daß wir auch in schwersten Jahren unserer Gesinnung treu geblieben seien und damit allen Kleinmütigen ein gutes Beispiel gegeben haben. Es sei, führte Myrdal aus, doch etwas Großartiges um den internationalen Gedanken, den Glauben an den Sozialismus und um die Liebe zur Freiheit, jene Ideen, die uns Jahre der Entbehrung, des seelischen Leides und der Heimatsehnsucht überwinden ließen. Das in Schweden geknüpfte Band der Freundschaft und Solidarität werde uns auch in Zukunft verbinden. Nach Gunnar Myrdal sprach der norwegische Schriftsteller Sigurd Hoel; der Befreiung seines Landes sicher, fand er ermunternde Worte für die deutschen Freunde, die sich ihm und den Vertretern anderer Völker gerade in den emigrierten Sozialisten als Repräsentanten eines neuen Deutschland dargestellt hätten.

Dann geschah etwas, das uns den Atem nahm. Willy Brandt sollte unsere letzte Entschließung vortragen, in deren Mittelpunkt ein Dank an Schweden stand. Als er das Podium besteigen wollte, erhielt er eine Mitteilung, die er sofort an uns weitergab: Hitler war durch Selbstmord vor seiner Verantwortung geflohen!

In tiefer Bewegung gingen wir auseinander.

Hatte unsere internationale Arbeit einen Sinn?

Mit dem 1. Mai 1945 hörte unsere „Kleine Internationale" praktisch auf zu bestehen. Sie hatte ihre Aufgabe erfüllt — ohne formelle Auflösung ging sie auseinander. Manche ihrer Mitglieder hatten das Glück, in eine befreite Heimat zurückkehren zu können. Die Dänen reisten als erste bereits am 6. Mai, die Norweger zwei Tage später. Diese Freunde konnten ihre Kräfte unmittelbar beim Aufbau ihrer Länder einsetzen. Polen und Ungarn waren wieder Bürger freier Staaten geworden — wie lange? Wilhelm Böhm wurde nach fast 25jähriger Emigration der Gesandte seines Landes in Stockholm; er nahm, als er die Entwicklung Ungarns zum Bolschewismus erkannte, verbittert seinen Abschied und starb bald darauf in der vertrauten schwedischen Fremde. Maurice Karniol reiste nach Warschau und versuchte, sich unter dem neuen Regime durchzusetzen — vergeblich. Als wir uns zu Ostern 1949 in Stockholm trafen, antwortete er mir auf die Frage, was er von der Oder-Neiße-Grenze halte: „Ich bin in Lemberg geboren, ich kann nicht verstehen, daß nun Stettin und Krummhübel im Riesengebirge meine Heimat sein sollen!" Schwer erkrankt vermochte Karniol 1958 nur durch die Hilfe österreichischer Freunde die Mittel für eine ärztliche Behandlung in Wien aufzubringen; auch er ist verbittert gestor-

ben. Die Österreicher hatten dank der staatsmännischen Leistung von Renner, Schärf und Helmer ein zwar verarmtes und besetztes, aber doch freies Land, dem sie dienen konnten. Bruno Kreisky war in der Lage, seinen großen, in Schweden gewonnenen Kredit als Mitglied der Gesandtschaft sofort zugunsten Österreichs einzusetzen.

Andere traf ein schlimmeres Los. Die Sozialisten aus den baltischen Ländern mußten in Schweden bleiben und sind dort noch heute. Unser tschechischer Freund Jackerle wurde nach mehrjähriger Dienstleistung an der Legation seines Landes auf die Straße gesetzt und verstarb, ohne seine Heimat wiedergesehen zu haben. Die Deutschen konnten nur allmählich wieder in ihrem geteilten Lande Fuß fassen. Einige wenige — nicht Mitglieder unseres Internationalen Kreises — hatten sich gleichschalten lassen und durften (in bedeutungsloser Funktion) in Sachsen leben.

Manche unserer deutschen Freunde mußten verschiedene Umwege gehen, um nach Deutschland gelangen zu können. Fritz Tarnow war es gegönnt, in Frankfurt am Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften teilnehmen zu können. Tarnow, Willi Vogel und ich wurden vom Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie — mit Per Albin Hansson an der Spitze — freundschaftlich verabschiedet. Den sudetendeutschen Sozialdemokraten wurde es besonders schwer gemacht, zur Erfüllung neuer Aufgaben anzutreten. Ihre Landsleute und Parteifreunde waren zum größten Teil nach Westdeutschland vertrieben worden. Die Besatzungsmächte konnten zwar Besuchsvisa nicht verweigern, aber keiner von uns erhielt vor 1948 die Erlaubnis zum dauernden Aufenthalt in der amerikanisch besetzten Zone. Die Tschechen besaßen damals im Westen noch so viel Einfluß, um die Erfüllung demokratischer Aufgaben unter den Vertriebenen verhindern zu können. In der erzwungenen Wartezeit wurde manche Energie, die für den Aufbau eingesetzt werden sollte, zur Durchführung von — allerdings sehr notwendigen — Hilfsaktionen verwendet.

Vieles war anders gekommen, als wir es uns bei Beginn unserer internationalen Arbeit vorgestellt hatten. Das Hitlerregime ließ ein wirtschaftliches und politisches Chaos zurück. Die Besatzungsmächte enttäuschten in vieler Hinsicht, und manche unserer Empfehlungen stießen auf taube Ohren.

Hatte unsere internationale Arbeit in Schweden außer dem geistigen und politischen Wert für die Beteiligten überhaupt einen Sinn gehabt? Nicht nur wir sahen uns veranlaßt, diese Frage zu stellen. Im politischen Leben fällt, was gut und richtig gedacht und gemeint ist, nie völlig unter den Tisch. Manches kommt, wenn auch später und in anderer Form, wieder an das Tageslicht. Als dauernder Gewinn blieben die Impulse, die eine Anzahl internationaler Sozialisten aus den Erfahrungen mit der skandinavischen Demokratie mit nach Hause genommen haben.

Von großer Bedeutung blieb die Tatsache, daß die Mitglieder unserer internationalen Gruppe in einer Zeit, da unsere Freunde in der Heimat von der Welt abgeschnitten waren, internationale Erfahrungen sammeln und politische Kontakte über die Grenzen hinweg pflegen konnten.

Geblieben ist als dauernder Gewinn die herzliche Freundschaft des sozialistischen Emigranten zu den skandinavischen Völkern und ihren politischen Repräsentanten. Sie fand ihren äußeren Ausdruck, als im April des Vorjahres Brandt, Kreisky und ich — nicht als Vertreter von Parteien, sondern als Freunde — zum Jubiläum der schwedischen Sozialdemokratie eingeladen waren und von Tage Erlander freundschaftlich begrüßt wurden.

Der österreichische Staatsvertrag wurde in seinen wichtigsten Bestimmungen in der Genfer Wohnung von Gunnar Myrdal durch den sowjetischen Botschafter in der Schweiz und Bruno Kreisky ausgearbeitet. Auch die Freundschaft zwischen Myrdal und Kreisky hat sich bewährt.

Wer in unserer internationalen Gruppe mitarbeitete, wird in Dänemark, Norwegen und Schweden in Parteibüros und Staatskanzleien stets offene Türen finden.

Die Sozialistische Internationale, um deren Erneuerung wir kämpfen, hat sich von einer europäischen zu einer weltweiten Institution entwickelt. Hilfe für die Entwicklungsländer — 1943 noch ein kühner Gedanke — ist heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Leider traf ein, was die Norweger in ihrem Friedensprogramm von 1942 noch mit einem Fragezeichen versehen hatten: „Es wird eine zentrale Frage sein, ob die Alliance zwischen England-Amerika und den Sowjets halten oder ob sie sich auflösen oder im schlimmsten Falle durch ein offenes Gegensätzlichkeitsverhältnis abgelöst wird." Leider traf auch ein, was Willy Brandt in dem Satz zusammengefaßt hatte: „Es besteht die Gefahr, daß der Krieg militärisch gewonnen und politisch verloren wird."

Es war nicht die Schuld der „Kleinen Internationale" in Stockholm, daß die weltpolitische Entwicklung einen Lauf nahm, den wir weder entscheidend bestimmen noch voraussehen konnten. Das Verdienst jener, die in schwierigster Zeit planen und dachten, kann dadurch nicht geschmälert werden.